

Wettbewerb und Kohäsion

Strukturelle Stärke - konjunkturelle Krise

Arbeitnehmerkammer legt Studie vor

VON MARC SCHLAMMES

Staat und Betriebe sind strukturell gut aufgestellt und es ist kontraproduktiv, Einschnitte im Sozialbereich ins Auge zu fassen: Das sind die beiden Grundaussagen einer detaillierten Analyse, die die Arbeitnehmerkammer unter dem Titel „Compétitivité vs cohésion sociale“ erstellt hat. Darin warnt das Gremium angesichts der Krise vor Katastrophenstimmung. Luxemburg habe keine strukturellen Probleme, sondern müsse sich mit konjunkturellen Schwierigkeiten auseinandersetzen.

Während die Delegationen von CSV und LSAP in diesen Tagen dabei sind, sich auf ein gemeinsames Arbeitsprogramm für die kommenden fünf Jahre zu verständigen, haben die Empfehlungen und Forderungen der verschiedenen Interessenvertretungen Hochkonjunktur. Nachdem sich Mitte Juni Handelskonföderation und Handelskammer zu Wort gemeldet haben - letztere unterbreitete unter dem Titel „Entreprise Luxembourg 2.0“ 20 Vorschläge an Schwarz-Rot - war es gestern an der Arbeitnehmerseite, ihre Sicht der Dinge darzulegen.

Strukturreformen, wie sie das Patronat fordert, sind nach Dafürhalten von Jean-Claude Reding nicht angebracht. Zum einen, weil Strukturreformen allzu gerne gleichgestellt würden mit einem Um- bzw. Abbau des Sozialnetzes, so der Vorsitzende der Chambre des salariés (CSL). Zum anderen, weil sowohl der Staat als auch die Unternehmen finanziell „immens gut“ dastehen würden, verweist Reding auf die 93-seitige Studie der Berufskammer.

Die Probleme, die Staat und Wirtschaft im Zuge der Krise zu bewältigen haben, sind rein konjunktureller Natur. Für Jean-Claude Reding ist es demzufolge auch richtig, dass die Politik handelt, auf nationalem Niveau und auf europäischer Ebene. Krisenmanagement und Konjunkturprogramm seien in Ordnung, spricht sich der Arbeitnehmervertreter dafür aus, dass die im Rahmen der Tripartite beschlossenen Relance-Maßnahmen auch umgesetzt werden.

Dass diese Maßnahmen kurz- bzw. mittelfristig mit einem Haushaltsdefizit einhergehen, ist für Reding und die Chambre des salariés annehmbar, schließlich müsse die Konjunktur angekurbelt und die Kaufkraft gestärkt werden. Als weitaus weniger akzeptabel wertet der CSL-Präsident die Tendenz der Europäischen Kommission, jetzt bereits wieder auf die Einhaltung des Stabilitätspaktes samt seiner Maastricht-Kriterien hinzuweisen. Einer Neuauflage der Barroso-Kommission steht Reding denn auch sehr skeptisch gegenüber.

Hierzulande werde das Koalitionsabkommen zeigen, wie sich die Regierung ab 2011 verhalten wolle, falls der Wirtschaftsmotor bis dahin nicht wieder angesprungen und auf Touren gekommen sei. „Werden keine zusätzlichen Einnahmen ins Auge gefasst, kann dies nur bedeuten, dass auf der Ausgabenseite Einschnitte fällig werden“, blickt Jean-Claude Reding dem CSV/LSAP-Abkommen für 2009/14 gespannt entgegen.

Einschnitte, die man bei der Arbeitnehmerkammer als falsche Weichenstellung betrachtet, denn: „Wir müssen uns in Luxemburg mehr auf unsere Stärken berufen,

wozu auch ein starker Staat mit hohen Sozialleistungen gehört“, stellt Reding klar und verweist auf seine Studie. Wie der CSL-Analyse zu entnehmen ist, führen hohe Sozialausgaben zu hoher Ertragskraft der Betriebe und Beschäftigten. 2008 lag die Wertschöpfung pro Arbeitsstelle hierzulande bei 105 100 Euro; in den drei Nachbarstaaten betrug sie 77 700 (B), 75 100 (F) bzw. 61 800 (D) Euro.

Die Studie gelangt ebenfalls zur Feststellung, dass es keinen direkten Bezug zwischen öffentlichen Einnahmen und wirtschaftlichem Wachstum gebe. Wohl aber gibt es diesen Zusammenhang zwischen Armut und Einnahmen: Je mehr öffentliche Einnahmen, desto geringer die Armutsrate.

Da das Niveau der öffentlichen Ausgaben im Allgemeinen und der Sozialausgaben im Besonderen hierzulande im Vergleich zu den anderen Euro-Staaten zu den niedrigsten gehört, besteht für die Arbeitnehmerkammer auch kein Bedarf, in diesem Bereich den Rotstift ansetzen zu müssen. Ganz im Gegenteil. Der Staat behalte ausreichend Spielraum - so wie dies auch für die Unternehmen der Fall ist, wenn man die Lohnkosten je Arbeitsplatz zum Maßstab nimmt. Mit einem „coût salarial unitaire“ von 0,5 verfügt Luxemburg im EU-weiten Wettbewerb über das ausgewogenste Verhältnis. Konkret bedeuten diese 0,5 nämlich, dass ein erwirtschafteter Euro den Arbeitgeber 0,5 Euro kostet. Patronatsgünstiger schnitten 2008 lediglich die vier EU-Neulinge Bulgarien, Malta, Polen und die Slowakei ab; Luxemburgs Nachbarn kamen auf einen Koeffizienten von 0,55 (D), 0,57 (F) und 0,61 (B).